



3. **Motion Marcel Drescher (glp/GEU) und 10 Mitunterzeichnende "Schuldenbremse für Dübendorf" / Bericht und Antrag GR Geschäft Nr. 166/2017**

Marcel Drescher (glp/GEU)

Gespannt habe ich auf den Zwischenbericht des Stadtrates gewartet und diesen in Empfang genommen. Allerdings viel kann ich heute an dieser Stelle nicht sagen, denn grundsätzlich fasst der Zwischenbericht des Stadtrates die Situation vollständig zusammen. Ich bedanke mich beim Stadtrat für das gewählte, sehr pragmatische Vorgehen im Umgang mit diesem schweizweit einzigartigen Vorstoss in Dübendorf. Mit der gewünschten Fristverlängerung, die sich ja bekannterweise mit dem Motionstext deckt, haben wir kein Problem und unterstützen den Stadtrat mit dem gemachten Vorschlag die Motion heute Abend als erheblich zu erklären und damit die Frist auf das Budget 2019 zu verlängern. Man wusste es bereits im Vorfeld und wir nehmen es jetzt zur Kenntnis, ein Spaziergang wird die Schuldenbremse für unsere Exekutive nicht. Dieses Thema wirkungsvoll und nachhaltig anzugehen, wird ein „Hoselupf“. Dies war aber auch unsere Absicht. Äusserst positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass unser Stadtrat ebenfalls die „Challenge accepted“ hat. Ausnahmsweise müssen wir oder dürfen hier in Dübendorf das Rad neu erfinden. Aber das muss ja nicht unbedingt alleine passieren. So gibt es vielleicht doch Gleichgesinnte, die an einem wirkungsvollen Instrument ebenfalls interessiert wären und gemeinsam mit Dübi und den im Bericht erwähnten Experten an einem Modell arbeiten würden (Bülach, Opfikon, Kloten, über den Städteverband,... Möglichkeiten gibt es viele). Ansonsten bleibt uns immer noch die Vorreiterrolle. Für einmal würde Dübendorf die erste Geige spielen. Ich wünsche dem Stadtrat und den beteiligten internen wie externen Experten viel Erfolge und bedanke mich im Namen unserer Fraktion und der Unterzeichner der Motion für Ihre Zustimmung, diese erheblich zu erklären. Somit werden wir gemäss Geschäftsordnung spätestens in 6 Monaten vom Stadtrat einen entsprechenden Beschlussentwurf vorgelegt erhalten bekommen.

Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion

André Csillaghy (SP/Grüne)

Es ist nur ein lustiger Zufall der Traktanden oder eine bewusste Assoziation, Ich staune, dass wir in derselben Sitzung sowohl eine Schuldenbremse also auch eine Steuerfussenkung besprechen können. Ich nahm an, eine Schuldenbremse würde es nur dann brauchen, wenn man sich zu viel verschuldet hat. Aber eine Bremse besprechen wenn man zu viel Geld hat mutet doch recht seltsam an. Unsere Meinungen darüber haben wir bereits im Frühling ausgetauscht. Inzwischen ist noch mehr klar, dass unsere damaligen Überlegungen zutreffen. Man braucht nicht zu wiederholen, dass Aufwandsteigerungen insbesondere dann üblich sind, wenn sie durch Erträge gedeckt sind. Insofern ist klar, wenn die Stadt mehr Einwohnerinnen und Einwohner hat, erhöhen sich Aufwände und Einnahmen gleichzeitig. Selbstverständlich ist es vor allem salonfähig zu zeigen, dass man keine Schulden will. Ich kann unseren Wählerinnen und Wählern versichern, auch wir wollen keine Schulden. Jedoch werden die Meisten von uns dem Antrag der Stadt nicht folgen, dafür möchte ich drei Gründe nennen. Erstens: Gerade in Zeiten von Bevölkerungszuwachs müssen wir in die Zukunft investieren. Es liegen viele Investitionen vor uns. Wir brauchen sie um unserer Stadt eine attraktive Infrastruktur zu geben. Zentral ist die Anpassung der Schulen an der Bevölkerungsentwicklung. Die Aktuelle Diskussion über die Schuldenbremse weckt unnötigerweise das Gefühl, wir würden uns unkontrolliert verschulden. Das ist jedoch falsch. Die Motion setzt das falsche Signal, es läuten die Alarmglocken, auch wenn es kein Feuer gibt.

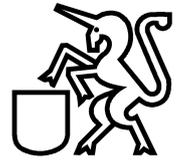


Zweiter Grund ist, dass die Stadt noch nicht alle Verpflichtungen erfüllt. Über den Bereich Soziales haben wir schon letztes Mal geredet. Aber das ist nicht alles. Auch im Bereich von bezahlbarem Wohnraum bleibt noch viel zu tun. Diese Aufgabe ist in der Gemeindeordnung verankert, wird aber heute quasi ignoriert. Auch nur ein Blick auf Leepünt zeigt, wie viele quasi brachliegende Bereiche es noch gibt.

Dritter Grund, es ist ohnehin zu früh. Der Bund befasst sich aktuell auch mit dem Thema Schuldenbremse. Er führt eine Studie durch, um zu sehen ob ein solches Instrument überhaupt Vorteile bringen würde. Wieso also soll Dübendorf als einzige Gemeinde der Schweiz dieses Thema jetzt anfassen und selbst abenteuerlich als Experimentierlabor wirken und so den Aufwand des Bundes quasi verdoppeln. Eigentlich sagt der Zwischenbericht des Sozialvorstands alles. Er beweist ausgezeichnet, dass es diese Schuldenbremse nicht braucht. Nur kommt er am Ende des Beweises zum Schluss, dass die Motion doch gut ist. Sollte die Motion aber doch als erheblich erklärt werden, käme auch noch die Frage der Fristerstreckung auf. Etwas für die aktuelle Legislatur zu tun wäre derzeit absurd im Kontext einer Senkung des Steuerfusses. So haben wir kein Problem mit der Fristerstreckung.

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Ich wollte vor einer Stellungnahme zuerst hören, was für Argumente vom Gemeinderat kommen. Zuerst möchte dem Motionär danken für seine Ausführungen. Er hat im wesentlichen das gesagt, was ich jetzt noch einmal wiederholen könnte. Es wird kein Spaziergang, es ist ein „Hoselupf“. Ich glaube das darf man so sagen. Wir sind die einzige Gemeinde, die die im Moment so etwa ganz konkret plant und das ist auch das einzige Gegenargument, das man anwenden kann – es hat's noch Niemand gemacht, warum sollen wir es machen. Nur gerade darum ist der Stadtrat trotzdem der Meinung, wir sollten es anpacken und versuchen einen pragmatischen Weg zu finden. Ich möchte noch zwei Missverständnisse ausräumen von wegen Schuldenbremse. Schuldenbremse, wie sie der Bund kennt oder auch der Kanton sind letztlich Ausgabenbremsen. Das heisst, dass sie auf die laufende und die Investitionsrechnung dämpfend wirken, damit letztlich die Verschuldung nicht ansteigt oder sogar zurückgeht. In diesem Also diesem Sinne ist es natürlich auch sinnvoll, selbst wenn man schuldenfrei ist, wie gerade aktuell. Das wird wohl nicht für immer so bleiben. So gesehen ist der Zeitpunkt auf eine Aufgaben- bzw. Ausgabenbremse zu gehen nicht falsch. Es geht nicht primär um eine Ausgabenreduktion, es geht darum den Aufwand zu dämpfen. Wenn man sieht, dass auf Bundesebene die Schuldenbremse ein relativ wirksame Massnahme ist. Dort ist es einfacher, da man einfachere Parameter nehmen kann, es ist statistisch einfacher als in einer Gemeinde. Aber wenn man dort jetzt wieder sieht, wie aktuell, wenn mal etwas mehr Geld da ist nach einer Abstimmung, das gezerre um die Verteilung dieses Geldes los geht, sieht man wie eine Schuldenbremse doch eine gewisse Wirkung haben soll und haben kann. Aus diesem Grund ist der Stadtrat nach wie vor offen, diesen „Hoselupf“ zu probieren und zu versuchen dem Gemeinderat auf die nächste Budgetdebatte den Vorschlag auf den Tisch zu legen, wie so etwas umgesetzt werden könnte. Das werden wir nicht alleine machen können, da werden wir auch von Aussen Leute beiziehen. Wir werden sicher auch schauen Partner ins Boot zu holen, was aber heute schwierig einzuschätzen ist. Zumindest von Fachseite haben wir schon ein gewisses Interesse an diesem Instrument geweckt, dass wir daran arbeiten können. In diesem Sinn beantragt der Stadtrat Aufrechterhaltung bzw. eben Erheblicherklärung der Motion, wie es richtig heisst.



Abstimmung „Erheblicherklärung der Motion“

Die Motion Schuldenbremse für Dübendorf wird mit 23 zu 10 Stimmen als erheblich erklärt.

Abstimmung „Verlängerung der Frist gemäss Art. 47 Geschäftsordnung bis Ende September 2018“

Die Frist gemäss Art. 47 der Geschäftsordnung wird bis Ende September 2018 wird mit 31 zu 0 Stimmen verlängert..

Die Richtigkeit bescheinigt

Gerhard Kalt
Gemeinderatssekretär